

Übersicht

über die gefassten Beschlüsse in der 3. Sitzung des Ausschusses für Rettungswesen und Katastrophenschutz des Rhein-Sieg-Kreises am 01.09.2021:

TO.- Punkt	Beratungsgegenstand	Beschluss-Nr./ Ergebnis	Abstimmungs- ergebnis
	Öffentlicher Teil		
	Allgemeine und Geschäftsordnungsangelegenheiten	09/2021	einstimmig
1.	Niederschrift über die 2. Sitzung des Ausschusses für Rettungswesen und Katastrophenschutz am 16.06.2021		Kenntnisnahme
2.	Verhängung eines Ordnungsgeldes gem. § 4 Abs. 6 S. 1 Hauptsatzung für den Rhein-Sieg-Kreis (alte Fassung)	10/2021	Einstimmig, bei einer Enthaltung
3.	Neubau von Rettungswachen, Vorstellung des Neubauprojektes in Bornheim		Kenntnisnahme
4.	Überflutungskatastrophe im Rhein-Sieg-Kreis		Kenntnisnahme
4.1.	Gemeinsame Anfrage der CDU-Kreistagsfraktion, Kreistagsfraktion GRÜNE, SPD-Kreistagsfraktion und FDP-Kreistagsfraktion vom 05.08.2021 zur Überflutungskatastrophe im Rhein-Sieg-Kreis		Kenntnisnahme
5.	Gebührenkalkulation; Sachstandsbericht	11/2021	einstimmig

6.	Besondere Einsatzlagen		
7.	Mitteilungen und Anfragen Nichtöffentlicher Teil		
8.	Neubauprojekt Rettungswachen und GAZ; Sachstand		Kenntnis- nahme
9.	Beschaffung von Medizintechnik und sonsti- ger Ausstattungsgegenständen für die Ret- tungswagen des Rhein-Sieg-Kreises	12/2021	einstimmig
10.	Mitteilungen und Anfragen		

Niederschrift

über die gefassten Beschlüsse in der 3. Sitzung des Ausschusses für Rettungswesen und Katastrophenschutz des Rhein-Sieg-Kreises am 01.09.2021:

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 18:40 Uhr
Ort der Sitzung: Raum Sieg/Agger
Datum der Einladung: 20.08.2021
Einladungsnachtrag vom:

Anwesende Mitglieder:

Kreistagfraktion CDU

Herr Karl-Heinz Baumanns
 Herr Christoph Fiévet
 Herr Franz Gasper
 Herr Christian Siegberg
 Herr Michael Söllheim
 Herr Florian Westerhausen

anwesend bis TOP 7

Kreistagsfraktion GRÜNE

Frau Lisa Anschütz
 Frau Manuela-Franziska Gardeweg
 Herr Ingo Steiner

Kreistagsfraktion SPD

Herr Heinz Dähmlow
 Frau Ute Krupp
 Herr Tobias Leuning
 Frau Tatjana Ortman

Vertretung für Herrn Paul Lägel/ anw. bis TOP 6
 Vertretung für Herrn Klaus Müller
 anwesend bis TOP 6

Kreistagsfraktion FDP

Herr Christian Koch

Kreistagsfraktion DIE LINKE

Herr Michael Otter

Sachkundige/r Bürger/innen CDU

Herr Jörg Becker

Frau Mareike Klein

Herr Dr. Andreas Leischner

Herr Peter Profittlich

Vertretung für Herrn David Henig

Sachkundige/r Bürger/innen GRÜNE

Frau Nada Catic

Frau Brigitte Kemnitz

Herr Sven Kraatz

Vertretung für Herrn Hartmut Kreutz

Vertretung für Herrn Patrick Rada

Sachkundige/r Bürger/innen SPD

Herr Christian Lanzrath

Sachkundige/r Bürger/innen FDP

Frau Nathalie Heider-Hönatsch

Sachkundige/r Bürger/innen AfD

Herr Ralf von den Bergen

Entschuldigt fehlten:Kreistagsfraktion SPD

Herr Paul Lägel

Sachkundige/r Bürger/innen CDU

Herr David Henig

Sachkundige/r Bürger/innen GRÜNE

Herr Hartmut Kreutz

Herr Patrick Rada

Sachkundige/r Bürger/innen SPD

Herr Claus Müller

Vertreter der Verwaltung:

Herr Landrat Schuster	anwesend bis 18:10 Uhr
Herr Referent Grünhage	
Frau KVOR´in Thiel	
Frau KVOR´in Lorenz	
Herr Dezernent Dr. Rudersdorf	
Herr KVR Freier	
Frau KVOR´in Jonas	
Herr KBAR Ahr	
Herr ÄLRD Diepenseifen	
Herr KBM Engstenberg	
Herr KVR Boddenberg	anwesend TOP 3
Herr M.A. Architekt Jones	anwesend TOP 3
Frau KAR´in Schmitz	
Herr RettIng Schneider	
Frau KAR´in Engelberth (Schriftführung)	

Gäste:

Frau Beck	Firma Kplan	anwesend TOP 3
Frau Mattedi	Firma Kplan	anwesend TOP 3

3. Sitzung des Ausschusses für Rettungswesen und Katastrophenschutz am 01.09.2021		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Öffentlicher Teil

	Allgemeine und Geschäftsordnungsangelegenheiten	
--	---	--

Der Vorsitzende begrüßte den Landrat, die Ausschussmitglieder und die Vertreter der Verwaltung zur 3. Sitzung des Ausschusses für Rettungswesen und Katastrophenschutz. Des Weiteren begrüßt er die Architektinnen Frau Beck und Frau Mattedi von der Firma Kplan AG als Gäste zur Sitzung sowie die Vertreter der Presse und der Lokalzeit Bonn. Er stellte die form- und fristgerechte Einladung fest.

Sodann schlug er vor, den Tagesordnungspunkt 6 "Neubau von Rettungswachen, Vorstellung des Neubauprojektes in Bornheim" als Tagesordnungspunkt 3 vorzuziehen und mit dem dann neuen Tagesordnungspunkt 4 „Überflutungskatastrophe im Rhein-Sieg-Kreis“ fortzufahren.

Der Ausschuss für Rettungswesen und Katastrophenschutz fasste sodann folgenden Beschluss:

B.-Nr.
09/2021

Der Tagesordnungspunkt 6 wird als Tagesordnungspunkt 3 vorgezogen und die Tagesordnung entsprechend geändert.

Abst.-
Erg.:

einstimmig

Alsdann wird Frau Mareike Klein als sachkundige Bürgerin der CDU- Kreisfraktion verpflichtet.

1	Niederschrift über die 2. Sitzung des Ausschusses für Rettungswesen und Katastrophenschutz am 16.06.2021	
---	--	--

Einwände gegen die Niederschrift über die 2. Sitzung des Ausschusses für Rettungswesen und Katastrophenschutz am 16.06.2021 wurden nicht erhoben.

2	Verhängung eines Ordnungsgeldes gem. § 4 Abs. 6 S. 1 Hauptsatzung für den Rhein-Sieg-Kreis (alte Fassung)	
---	---	--

Abg. Otter erinnerte an die seinerzeitige Verhängung eines Ordnungsgeldes gegen den Abg. Kemper in Höhe von 250,00 € und bat um Auskunft, warum im vorliegenden Fall ein geringeres Ordnungsgeld gewählt wurde.

Referent Grünhage erläuterte, dass sich die Höhe des Ordnungsgeldes an der Größe des Zuhörerkreises und der Qualität des Vergehens ausrichte. Nach Einschätzung der Verwaltung habe sich Herr Sauer in einem bestimmten emotionalen Moment eines Austausches mit Dritten zu einer Äußerung hinreißen lassen. Im Fall Kemper seien hingegen vorsätzlich Videoaufnahmen gefertigt und später geteilt worden.

B.-Nr.
10/2021

Der Ausschuss für Rettungswesen und Katastrophenschutz fasste sodann folgenden Beschluss:

1. Der Ausschuss für Rettungswesen und Katastrophenschutz beschließt, gegen den stellvertretenden sachkundigen Bürger Andreas Sauer (CDU-Fraktion) ein Ordnungsgeld in Höhe von 100,00 € zu verhängen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, dieses notfalls im Verwaltungszwangsverfahren beizutreiben.
3. Der Ausschuss für Rettungswesen und Katastrophenschutz fordert den stellvertretenden sachkundigen Bürger Andreas Sauer auf, künftig solche und vergleichbare Äußerungen zu unterlassen.

Abst.-
Erg.:

einstimmig bei 1 E.

3	Neubau von Rettungswachen, Vorstellung des Neubauprojektes in Bornheim	
---	--	--

KVR Boddenberg erläuterte, dass die Präsentation des Entwurfs zum Neubau der Rettungswache Bornheim den aktuellen Planungsstand (Vorentwurf) darstelle und zeige, wie die Rettungswache ungefähr aussehen könne.

An dieser Stelle stellte er Frau Mattedi und Frau Beck vom Architekturbüro Kplan vor, das vom Rhein-Sieg-Kreis mit der Erstellung der Planung und der späteren Bauleitung beauftragt worden sei.

3. Sitzung des Ausschusses für Rettungswesen und Katastrophenschutz am 01.09.2021		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Frau Beck stellte den Entwurf an Hand der als Anlage 1 beigelegten Präsentation vor.

Abg. Söllheim erkundigte sich unter Verweis auf die Vorplanung, wann die finalen Planungen vorliegen bzw. welche weiteren Schritte folgen würden.

Projektleiter Jones antwortete, dass bis zum Jahresende die Einreichung des Bauantrages geplant sei. Für die Fertigstellung sei Mitte 2025 anvisiert, sofern alles optimal verlaufe.

Abg. Söllheim fragte nach, mit welchen Schwierigkeiten zu rechnen sei.

Projektleiter Jones entgegnete, dass dies auch von den Eingaben der einzelnen Fachplaner abhängen werde.

Abg. Steiner bewertete die vorgestellten Planungen positiv. Im Hinblick auf die Anzahl der an der Rettungswache vorgesehenen Rettungsmittel erscheine die Anzahl der Stellplätze gerade auch zum Schichtwechsel als zu gering bemessen. Zudem vermisse er einen Waschplatz.

Frau Beck führte aus, dass für die Reinigung der Fahrzeuge die Desinfektionshalle mit vorgesehen sei.

Abg. Koch wies darauf hin, dass es an der Königstrasse insbesondere zu den Stoßzeiten zum Stau komme und stellte fest, dass die vorgesehenen 11 Stellplätze über der derzeitigen Vorhaltung liegen. Hinsichtlich des seitens der Stadt Bornheim geplanten Neubaus einer Feuerwache in unmittelbarer Nähe zur neuen Rettungswache bat er um Auskunft, ob man hier mit der Stadt in Kontakt sei, um ggf. Synergien zu nutzen.

Frau Beck erklärte, dass das Thema Verkehr noch durch die Fachplaner konzeptionell bearbeitet werde. Die Stellplatzzahl sei auf zukünftige Entwicklungen ausgerichtet. Abstimmungen mit der Stadt fänden statt. Die geplante Feuerwache grenze jedoch nicht unmittelbar an die Rettungswache an. Beide seien durch ein kleines Gewerbegebiet getrennt.

SKB Lanzrath bat um Auskunft, ob

1. überdachte und abschließbare Fahrradstellplätze geplant seien,

2. die Möglichkeit vorgesehen werde, Fahrrad-Akkus und E-Autos aufzuladen,
3. beim unmittelbaren Zugang von der Fahrzeughalle in die Umkleiden eine Schwarz-Weiß-Trennung erfolge, oder ob dies hier – in Abstimmung mit dem Arbeitsschutz- entbehrlich sei.

Frau Beck antwortete, dass

1. im Eingangsbereich Fahrradständer mit Überdachung angedacht seien,
2. diese Thematik durch die Fachplaner noch konzeptionell bearbeitet werde,
3. regulär der Zugang über den Desinfektionsbereich genutzt werden solle, wo eine entsprechende Trennung erfolge und für den Zugang zur Umkleide daher keine Schwarz-Weiß-Trennung vorgesehen sei.

Abg. Gasper wies im Hinblick auf die Verkehrssituation auf die notwendige Installation einer Ampelanlage hin, die im Einsatzfall für eine freie Ausfahrt der Rettungskräfte Sorge.

Frau Beck bestätigte, dass entsprechende Überlegungen bereits in der Planung seien.

Abg. Anschütz erkundigte sich nach einer nachhaltigen Nutzung der Dachflächen und dem Begrünungskonzept der Außenflächen sowie der Nutzung regenerativer Energien.

Frau Beck erklärte, dass eine Dachbegründung Teil der planerischen Überlegungen sei und sich ebenso wie das Begrünungskonzept noch in der Planungsphase befinde. Ziel sei es, so viel Ausgleich wie möglich zu schaffen. Regenerative Energien würden planerisch berücksichtigt.

Der Vorsitzende bedankte sich für den ausführlichen und informativen Bericht.

Abg. Söllheim fragte nach, ob es möglich sei, die vorgestellte Präsentation auch dem Rat der Stadt Bornheim zugänglich zu machen.

KVR Freier sagte, dass hier keine Bedenken bestünden und eine entsprechende Anfrage der Stadt Bornheim an den Kreis gerichtet werden könne.

3. Sitzung des Ausschusses für Rettungswesen und Katastrophenschutz am 01.09.2021		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Im Übrigen nahm der Ausschuss die Ausführungen zur Kenntnis.

4	Überflutungskatastrophe im Rhein-Sieg-Kreis	
---	---	--

Der Vorsitzende erinnert an die Opfer der Überflutungskatastrophe. Der Ausschuss legt eine Gedenkminute ein.

KVR Freier und KBM Engstenberg sowie KVOR Thiel berichten zum Überflutungsereignis am 14.07.2021 im Rhein-Sieg-Kreis anhand der als Anlage 2 beigefügten Präsentation.

Abg. Otter bat um Auskunft, warum der Katastrophenfall erst am 18.07.2021 ausgerufen worden sei.

KVR Freier erläuterte, dass das Gesetz über den Bandschutz, die Hilfeleistung und den Katastrophenschutz (BHKG) in NRW die Feststellung der Großeinsatzlage vorsehe und damit zu allen notwendigen Schritten der Gefahrenabwehr ermächtige. Erst mit der Feststellung, dass die Lage andauere und die Schäden nachhaltig seien, sei nach Bewertung im Krisenstab darauf aufsetzend die Katastrophenlage ausgerufen worden.

Abg. Otter gab im Hinblick auf die notwendigen Redundanzen bei Ausfall des Digitalfunks zu bedenken, dass eine Lösung auf Kreisebene erforderlich sei.

KBM Engstenberg führte aus, dass Redundanzen auf Kreisebene vorgehalten werden sollen und entsprechende Möglichkeiten geprüft würden.

Abg. Otter fragte nach, wie der Kreis zukünftigen Starkregenereignissen begegnen wolle und sah eine Analyse des Ereignisses mit allen kreisangehörigen Kommunen und betroffenen Stellen als notwendig an.

KBM Engstenberg antwortete, dass entsprechende Planungen einer ortsübergreifenden Zusammenarbeit mit allen Akteuren bereits erfolgen würden.

Abg. Koch gab im Hinblick auf notwendige Redundanzen die Möglichkeit der Verwendung von Satellitentelefonen zu bedenken.

KBM Engstenberg antwortete zustimmend, dass dies auch eine Forderung der Feuerwehren sei.

Abg. Koch erkundigte sich nach einem scheinbar technischen Problem in der Kreisleitstelle in der Nacht zum 15.07.2021, als die Führungsstelle der Feuerwehr Bornheim keine Einsätze mehr auf dem Rechner einsehen konnte.

KBAR Ahr erklärte, dass die Führungsstelle auf einem webbasierten System arbeite. In der Nacht sei die Anbindung an die Kreisleitstelle in Folge einer Störung der DSL-Leitung abgebrochen. Die Einsätze selbst seien im Einsatzleitrechner vorhanden gewesen und parallel auch über die digitalen Meldeempfänger übermittelt worden.

Abg. Koch berichtete von bestehender Enttäuschung bei den Einsatzkräften der Feuerwehr in Bornheim, hervorgerufen durch eine nicht erfolgte Anforderung der Einsatzkräfte trotz freier Kapazitäten. Er bat um Auskunft, ob hier eine Nachbetrachtung stattfindet und die Hintergründe der Entscheidungen an die Einsatzkräfte zum besseren Nachvollziehbarkeit kommuniziert würden.

KBM Engstenberg stelle fest, dass dies ein Kommunikations- und Erklärungsproblem sei. Im Kreis stünden 109 Einsatzeinheiten zur Verfügung, die es entsprechend des kreisweiten Einsatzgeschehens zu koordinieren galt. Im vorliegenden Fall habe die Einsatzleitung Bornheim selbst in Swisttal Hilfe angeboten, die von der dortigen Einsatzleitung abgelehnt wurde. Dies geschah vor dem Hintergrund, dass zum einen die Bornheimer Einsatzkräfte eine Vollausslastung von 36 Stunden Einsatz hinter sich hatten. Zum anderen gab es in Swisttal ein größeres Schadensgebiet, das jedoch evakuiert war und zu diesem Zeitpunkt nicht betreten werden durfte. Wäre dieser Umstand nicht gewesen, hätte man Einsatzkräfte der Feuerwehr Bornheim anfordern müssen. Hier müsse zukünftig an der Kommunikation gearbeitet werden, um wichtige Kurzinformationen aus dem Einsatzgeschehen heraus an Einsatzkräfte generieren zu können. Dass dies zu Frustrationen bei den Einsatzkräften führe, bedaure er sehr.

Abg. Krupp fragte nach,

1. warum Berichten von Betroffenen zu folge die Notrufnummer 112 ab dem späten Abend des 14.07.2021 nicht erreichbar gewesen sei.
2. wie die Entscheidung zur Evakuierung der Steinbachtalsperre getroffen worden sei und wie verbindlich diese Entscheidung für die Bürgerinnen und Bürger gewesen sei.

3. Sitzung des Ausschusses für Rettungswesen und Katastrophenschutz am 01.09.2021		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

3. welche Informationen beim Rhein-Sieg-Kreis im Vorfeld des Ereignisses eingetroffen seien und wie diese eingeschätzt worden seien.

KVR Freier erläuterte, dass

1. alle Sprechplätze der Kreisleitstelle belegt waren und es in Folge des sehr hohen Anrufaufkommens zu dieser Situation zeitweise kam.
2. die Entscheidung zur Evakuierung sei am Abend des 14.07.2021 durch die Einsatzleitung in Abstimmung mit dem Krisenstab, dem Landrat sowie dem Bürgermeister und der Bürgermeisterin getroffen worden. Später auch nochmals mit der Bezirksregierung im Hinblick auf weitere notwendige Evakuierungsbereiche abgeglichen worden. Diese Entscheidung sei verbindlich gewesen, jedoch leider von einem Teil der Bevölkerung nicht befolgt worden. So seien bereits evakuierte Personen wieder zurück in Ihre Häuser gegangen. Was nicht nur zu einer Selbstgefährdung, sondern auch zu einer erheblichen Gefährdung der im Einsatz befindlichen Hilfskräfte geführt habe.
3. Vorwarnungen seien durch den Deutschen Wetterdienst in den Tagen zuvor erfolgt und daraufhin seien entsprechende erste Vorbereitungen durch die Feuerwehren getroffen worden. Personal der Kreisleitstelle sei nachgefordert worden und die KGS (Geschäftsstelle des Krisenstabes) habe sich am Nachmittag des 14.07.2021 im Arbeitsmodus befunden. Am Abend ergingen dann entsprechende Warnhinweise über die WarnApp Nina sowie die Medien, wie Radio Bonn/Rhein-Sieg.

KBM Engstenberg ergänzte die Ausführungen dahingehend, dass für die Einsatzleitung entsprechend Voralarm ausgesprochen worden sei und einsatzvorbereitende Maßnahmen, wie bspw. das Abfragen von Indikationsstrukturen durchgeführt worden seien.

Landrat Schuster informierte, dass am 14.07.2021 um 23:00 Uhr auf Facebook die ersten entsprechenden Warnungen und Hinweise zur Evakuierung hinsichtlich des möglichen Versagens der Steinbachtalsperre, insbesondere für die betroffenen Ortschaften/Gebiete, erfolgt seien. Diese Information sei von rd. 86.500 Nutzern abgerufen worden.

Abg. Leunig dankte allen Einsatzkräften sowie freiwilligen Helferinnen und Helfern für ihren unermüdlichen Einsatz. Insbesondere dankte er für den Bericht zur Überflutungskatastrophe, der eine gute Ergänzung der schriftlichen Beantwortung darstelle, die nicht alle Fragen konkret beantworte. Er stellte

fest, dass nach wie vor nicht ersichtlich sei, wer wann in Verantwortung gehandelt habe und wann genau Informationen eingetroffen und weitergegeben worden seien. Zum Themenkomplex „Warnung“ seien nicht alle Fragen beantwortet worden. Insbesondere sei nicht erklärlich, wie es zu der zeitlichen Diskrepanz zwischen der Warnmeldung des Rhein-Sieg-Kreises und den ersten Lagemeldungen zur Steinbachtalsperre gekommen sei. Des Weiteren erschließe sich nicht, warum Swisttal-Heimerzheim nicht evakuiert wurde. Eine Warnung am 14.07.2021 hätte die betroffenen Bewohner s. E. noch rechtzeitig erreichen können. Darüber hinaus bat er um eine konkrete Herausarbeitung, wann in der Kreisverwaltung Informationen und Warnungen des Deutschen Wetterdienstes, des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW, etc. eingegangen seien.

Landrat Schuster erklärte auch unter Verweis auf das laufende staatsanwaltliche Verfahren, dass die sehr detaillierten Fragen seitens der Verwaltung nicht in allen Einzelheiten in der Sitzung beantwortet werden könnten und bat darum, diese schriftlich bei der Verwaltung einzureichen, welche diese so präzise wie möglich beantworten werde, um auch dem bestehenden Informationsanspruch und Aufarbeitungsbedarf Rechnung zu tragen.

Abg. Söllheim äußerte seine Betroffenheit über die Ereignisse der Überflutungskatastrophe und bat um Auskunft, welche konkreten Schritte nunmehr in der Zukunft unternommen würden, gerade auch vor dem Hintergrund, dass s. E. ein großer Bedarf an Informationsaustausch bestehe. Des Weiteren fragte er nach, welche Unterstützungsleistungen von Seiten der Bezirksregierung und des Landes NRW konkret erfolgt seien.

Landrat Schuster verwies im ersten Schritt auf die erfolgte Einrichtung der neuen Stabsstelle „Wiederaufbau“, die unmittelbar dem Landrat unterstellt sei und dankte in diesem Zusammenhang nochmals der Politik für ihre Unterstützung. Man sei in stetigem Austausch mit der Landesregierung. Derzeit würden finanzielle Hilfspakete auf Bundesebene beraten. Parallel dazu werde auf Landesebene an Förderrichtlinien gearbeitet. Mit einer Verabschiedung beider Vorlagen sei ab Mitte/Ende des Monats zu rechnen. Für deren Umsetzung werde eine Bewilligungsbehörde benötigt. Die Kreise und kreisfreien Städte hätten sich hier für eine Angliederung dieser Aufgabe an die Bezirksregierung ausgesprochen. Entsprechende Antrags- und Prüfverfahren müssten erarbeitet werden. Hier sei Frau Thiel mit allen Akteuren in

3. Sitzung des Ausschusses für Rettungswesen und Katastrophenschutz am 01.09.2021		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

engem Austausch. Daneben werde der Wiederaufbauprozess auch im Landtag bearbeitet. Perspektivisch werde eine Verzahnung mit der Arbeit der Hilfsorganisationen auf den verschiedenen Ebenen angestrebt.

Abg. Steiner wies darauf hin, dass nunmehr ein Neuaufbau erforderlich sei, um für die Zukunft gut aufgestellt zu sein. Er dankte allen haupt- und ehrenamtlichen Einsatzkräften sowie allen Hilfeleistenden für ihre Arbeit. Aus den Erfahrungen seiner Heimatkommune Wachtberg schöpfend, wies er auf die Möglichkeit von digitalen Hochwasserkarten und die Einrichtung eines entsprechenden Portals zur Information der Bevölkerung hin, welches s. E. in allen Kommunen im Rhein-Sieg-Kreis von Nutzen sei. Hier solle der Kreis unterstützend tätig werden. Hinsichtlich der Warnmeldungen über den Lokalsender Radio Bonn/Rhein-Sieg stellte er fest, dass dieser nicht mehr von der Vielzahl der Bevölkerung genutzt werde und schlug hier die Anbindung weiterer Sender vor, um eine breitere Öffentlichkeit zu erreichen. Er gab zu Bedenken, dass Bereiche, die diesmal gerade noch von der Katastrophe verschont blieben, dennoch in die Prüfung hinsichtlich verbessernder Maßnahmen mit einbezogen werden müssten.

Der Vorsitzende erklärte im Hinblick auf weitere Wortmeldungen, dass er sich mit der Verwaltung beraten werde und dafür ausspreche, die Thematik als Dauertagesordnungspunkt auf jede Sitzung des ARK zu nehmen.

Landrat Schuster wies im Hinblick auf die Bedeutung des Themas darauf hin, dass dies ein Thema vieler Sitzungen des Kreisausschusses werde. Es sei eine Reihe von Anträgen zu erwarten, die viele verschiedene Fachausschüsse betreffen würden. Dies bedürfe der Koordinierung. Ggf. werde in Abstimmung mit dem Ältestenrat ein Unterausschuss gebildet. Wichtig sei, alle politischen Anträge an zentraler Stelle zu bearbeiten und die Geschehnisse einerseits aufzuarbeiten und andererseits zukunftsgerichtet Maßnahmen und Lösungsansätze zu entwickeln.

Abg. Leuning fragte nach, an wen nunmehr die Anträge auf finanzielle Hilfe für Flutopfer gestellt werden könnten.

Dez. Dr. Rudersdorf antwortete, dass diese Frage noch in der Klärung sei.

Abg. Kraatz stellte die Frage, ob der Krisenstab die Pegelstände der Swist und des Ohrbachs am Abend des 14.07.2021 im Blick gehabt habe oder ob dies nicht möglich gewesen sei.

3. Sitzung des Ausschusses für Rettungswesen und Katastrophenschutz am 01.09.2021		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

KVR Freier sagte, dass dem Krisenstab selbst hierzu keine detaillierten Informationen vorgelegen hätten.

KBM Engstenberg ergänzte, dass die Überwachung der Pegelstände vor Ort durch die Kommunen letztlich durch in Augenscheinnahme erfolgt sei. Perspektivisch sei hier eine Verzahnung von Starkregen- und Hochwasserschutz notwendig. Risiken müssten darstellbar sein und Prognosen erfolgen unter Beachtung von Sättigungsverhalten der Böden, Fließverhalten von Gewässern, etc.

Abg. Kraatz stellte in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit einer kreisübergreifenden konzeptionellen Zusammenarbeit mit dem Kreis Euskirchen und dem Rheinisch-Bergischen-Kreis unter Einbindung der Bezirksregierung und der Landesregierung heraus.

Dez. Dr. Rudersdorf bat die Politik darum, die Bevölkerung in den Kommunen zu informieren, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung im Rund-um-die-Uhr-Betrieb für die Betroffenen im Einsatz waren und ihr Bestes gegeben haben, um so schnell und pragmatisch wie möglich, allen Betroffenen Hilfe zukommen zu lassen.

Im Übrigen nahm der Ausschuss die Ausführungen zur Kenntnis.

4.1	Gemeinsame Anfrage der CDU-Kreistagsfraktion, Kreistagsfraktion GRÜNE, SPD-Kreistagsfraktion und FDP-Kreistagsfraktion vom 05.08.2021 zur Überflutungskatastrophe im Rhein-Sieg-Kreis	
-----	---	--

Abg. Steiner dankte der Verwaltung im Namen aller Fraktionen für die umfangreiche Beantwortung des Fragenkatalogs und wies darauf hin, dass weitere Detailfragen ergänzend formuliert und der Verwaltung zur Beantwortung eingereicht werden sollten.

Weitere Anmerkungen zur Beantwortung der Anfrage erfolgten nicht. Der Ausschuss nahm die Ausführungen zur Kenntnis.

3. Sitzung des Ausschusses für Rettungswesen und Katastrophenschutz am 01.09.2021		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

5	Gebührenkalkulation; Sachstandsbericht	
---	--	--

SkB Lanzrath bat um Auskunft, warum die Gebührenkalkulation nach außen; an die Firma Concunia vergeben worden sei, da es sich doch nach seinem Dafürhalten um ein Geschäft der laufenden Verwaltung handele.

KVR Freier erklärte, dass dies zum einen im Hinblick auf die hohe Arbeitsauslastung in Folge der Bewältigung der Corona-Krise erfolgt sei und zum anderen fachplanerische oder rechtliche Unterstützung von unabhängiger Stelle im laufenden Geschäft üblicherweise bei Bedarf angefordert werde.

SkB Lanzrath erkundigte sich nach den für die Beauftragung anfallenden Kosten.

KVR Freier verwies zur Beantwortung auf den nichtöffentlichen Teil der Sitzung.

Abg. Söllheim bat darum, den Ausschuss bei Änderungen zur Satzung kurz schriftlich zu informieren, damit die Beratung und Beschlussfassung im Kreisausschuss und Kreistag ohne Verzögerung erfolgen könne.

Dez. Dr. Rudersdorf führte aus, dass es Ziel sei, die Gebührensatzung ohne Verzögerung zu verabschieden und daher dieser Weg gewählt worden sei, dem Ausschuss den aktuellen Sachstand darzulegen, vorbehaltlich der endgültigen Prüfung und Zustimmung der Kostenträger. Sobald die Endfassung vorliege, werde der Ausschuss diese mit Darstellung der ggf. erfolgten Veränderungen erhalten.

Der Vorsitzende fasste zusammen, dass der Ausschuss über den Beschlussvorschlag abstimme, wohlwissend, dass es noch zu geringfügigen Änderungen kommen könne, die dann im Kreisausschuss und Kreistag beraten und genehmigt würden.

Der Ausschuss für Rettungswesen und Katastrophenschutz fasste sodann folgenden Beschluss:

B.-Nr.
11/2021

Der Ausschuss für Rettungswesen und Katastrophenschutz schlägt dem Kreisausschuss vor, dem Kreistag zu empfehlen, der als Anhang beigefügten

3. Sitzung des Ausschusses für Rettungswesen und Katastrophenschutz am 01.09.2021		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Gebührenkalkulation (Anlage 1) zuzustimmen und die neue Gebührensatzung für den Rettungsdienst des Rhein-Sieg-Kreises (Anlage 2) zu beschließen.

Abst.- einstimmig
Erg.:

Nachtrag der Verwaltung:

Im Nachgang der Sitzung des Ausschusses für Rettungswesen und Katastrophenschutz ergab sich eine Änderung der Betriebskostenabrechnung 2017. Diese resultiert aus einem in der Auswertung erhaltenen Formelfehler, der zur Folge hatte, dass die Unterdeckung im Jahr 2017 tatsächlich um 560.728,78 € höher war (3.152.693,04 € statt 2.591.964,26 €) als zunächst ausgewiesen. Die Betriebskostenabrechnungen stellen sich danach wie folgt dar:

Jahr	Summe von RTW	Summe von KTW	Summe von NEF	Summe von NA	Summe von Leitstelle	Gesamtsumme
2017	-978.443,62 €	-1.223.337,05 €	120.733,68 €	-117.621,67 €	-954.024,38 €	-3.152.693,04 €
2018	-1.292.657,75 €	-2.252.021,62 €	-157.905,04 €	2.176.119,91 €	599.037,74 €	-927.426,76 €
2019	487.196,51 €	-230.496,24 €	-44.483,64 €	255.003,96 €	-651.520,74 €	-184.300,15 €
	-1.783.904,86 €	-3.705.854,91 €	-81.655,00 €	2.313.502,20 €	-1.006.507,38 €	-4.264.419,95 €

Damit ergeben sich für die zu verabschiedende Satzung folgende Gebührentarife:

Die Gebührentarife im Einzelnen:			
	neu	bisher	Differenz
für den Krankentransport (KTW)	411,00 €	379,00 €	+32,00 €
zuzüglich für jeden Transportkilometer	2,50 €	2,50 €	0,00 €
für den Rettungswagen (RTW)	811,00 €	826,50 €	-15,50 €
für den Einsatz des Notarztes (NA)	140,00 €	241,00 €	-101,00 €
für den Einsatz des Notarzteinsatzfahrzeuges (NEF)	353,00 €	161,50 €	+191,50 €
Leitstellengebühren			
für die Tätigkeit im Krankentransport	33,00 €	21,50 €	+11,50 €
für die Tätigkeit in der Notfallrettung	96,00 €	72,50 €	+23,50 €

Die zunächst ermittelten und im Ausschuss vorgestellten Gebührentarife ändern sich damit wie folgt:

3. Sitzung des Ausschusses für Rettungswesen und Katastrophenschutz am 01.09.2021		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Die Gebührentarife im Einzelnen:			
	Stand ARK	neu	Differenz
für den Krankentransport (KTW)	410,00 €	411,00 €	+1,00 €
zuzüglich für jeden Transportkilometer	2,50 €	2,50 €	0,00 €
für den Rettungswagen (RTW)	807,00 €	811,00 €	+4,00 €
für den Einsatz des Notarztes (NA)	136,00 €	140,00 €	+4,00 €
für den Einsatz des Notarzteinsatzfahrzeuges (NEF)	335,00 €	353,00 €	+18,00 €
Leitstellengebühren			
für die Tätigkeit im Krankentransport	33,00 €	33,00 €	0,00 €
für die Tätigkeit in der Notfallrettung	95,00 €	96,00 €	+1,00 €

Am 15. September erklärten die Landesverbände der Krankenkassen und der Verband der Ersatzkassen e. V. in Nordrhein das Einvernehmen.

Dem Kreisausschuss wurde vorgeschlagen, der Gebührenkalkulation zuzustimmen und dem Kreistag zu empfehlen.

6	Besondere Einsatzlagen	
---	------------------------	--

Es lagen keine weiteren Berichte vor.

7	Mitteilungen und Anfragen	
---	---------------------------	--

Abg. Gardeweg dankte der Verwaltung im Namen der Spontanhelfer für die gute Zusammenarbeit. Der Ausschuss nahm dies zustimmend zur Kenntnis.

KVR Freier teilte mit, dass der Bau- und Vergabeausschuss der Vergabe der rettungsdienstlichen Leistungen zugestimmt habe und man sich nunmehr in der Umsetzungsphase befinde.

Ende des öffentlichen Teils

**Neubau Rettungswache
Bornheim
Vorstellung Vorentwurfskonzept**

Ausschuss für Rettungswesen und Katastrophenschutz
01. September 2021

Simone Mattedi, Dipl.-Ing. Architektin | Vorstand
Isabell Beck, Architektin | Projektleiterin

2 | **Rettungswache Bornheim**
Städtebauliche Einordnung



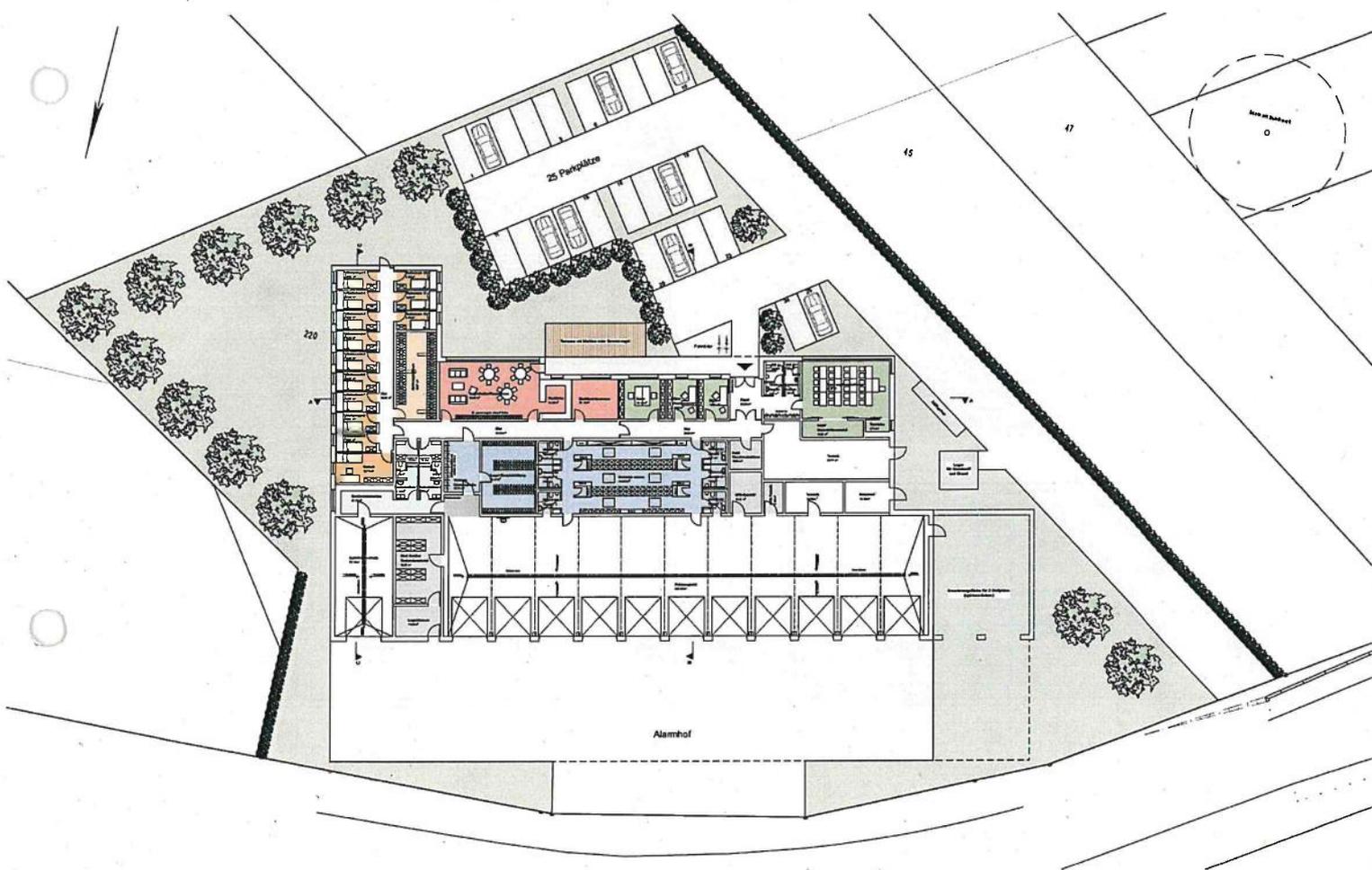
3 | Rettungswache Bornheim
Städtebauliche Einordnung



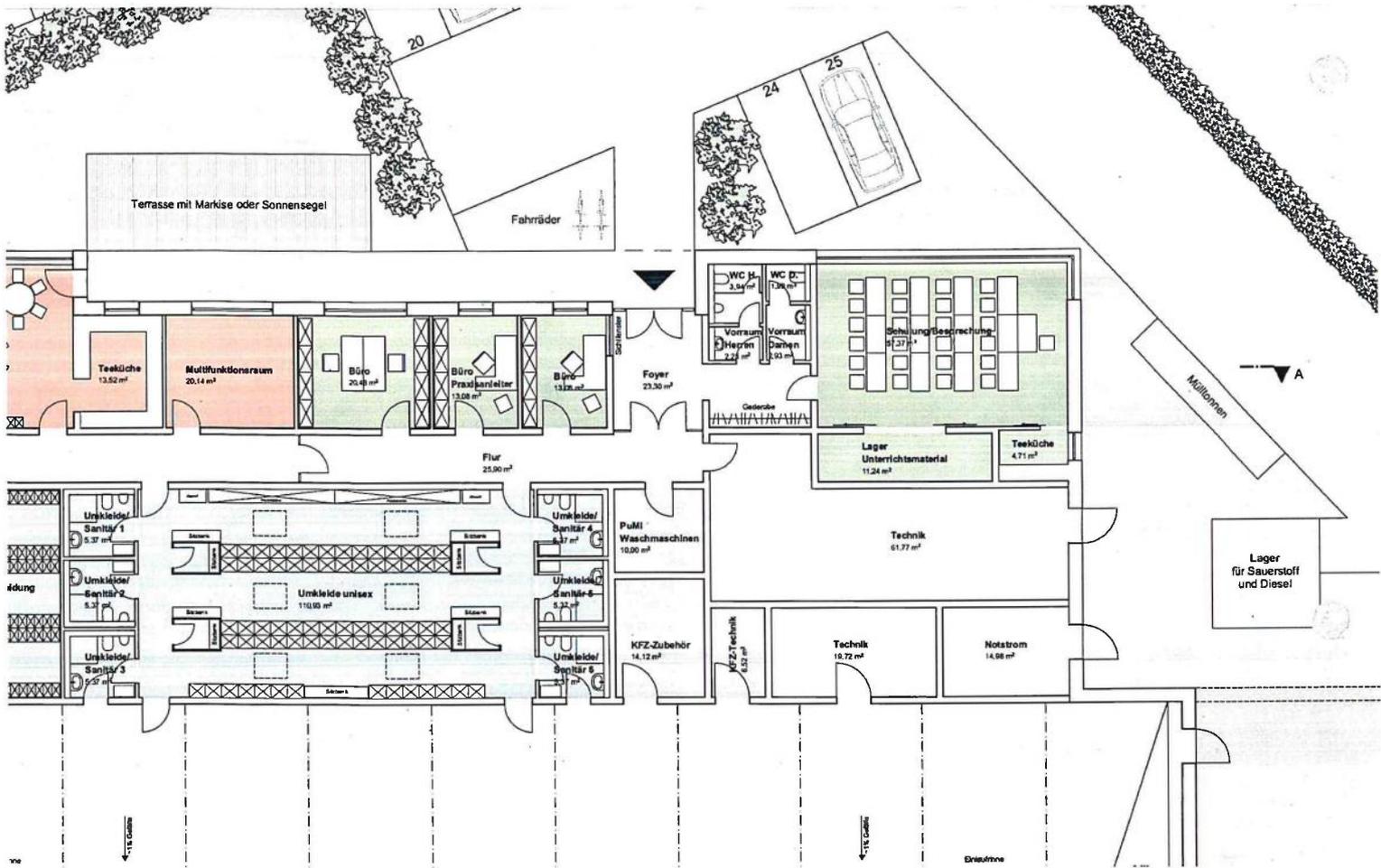
4 | **Retterwache Bornheim**
Übersichtsplan



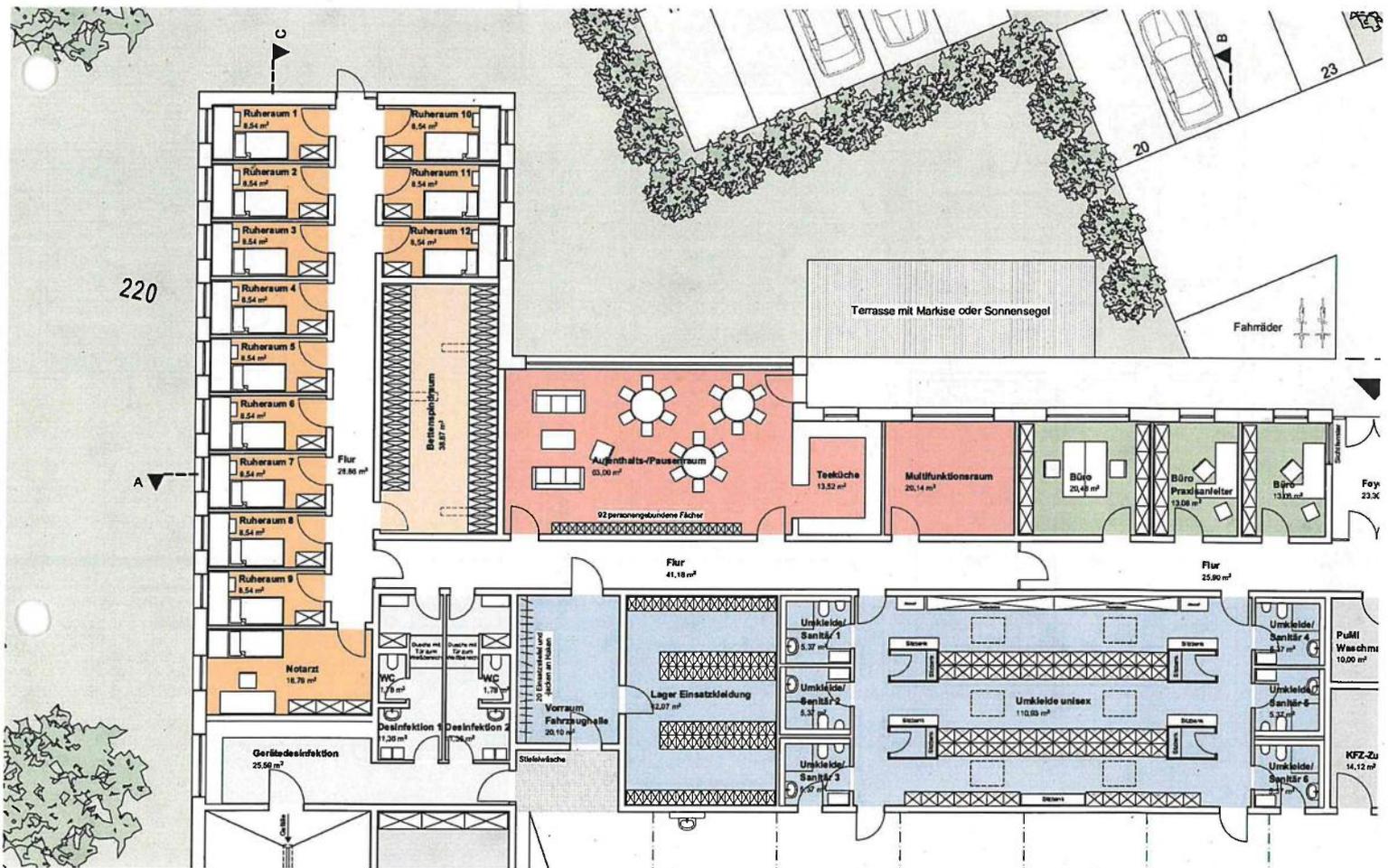
5 | Rettungswache Bornheim
Grundriss



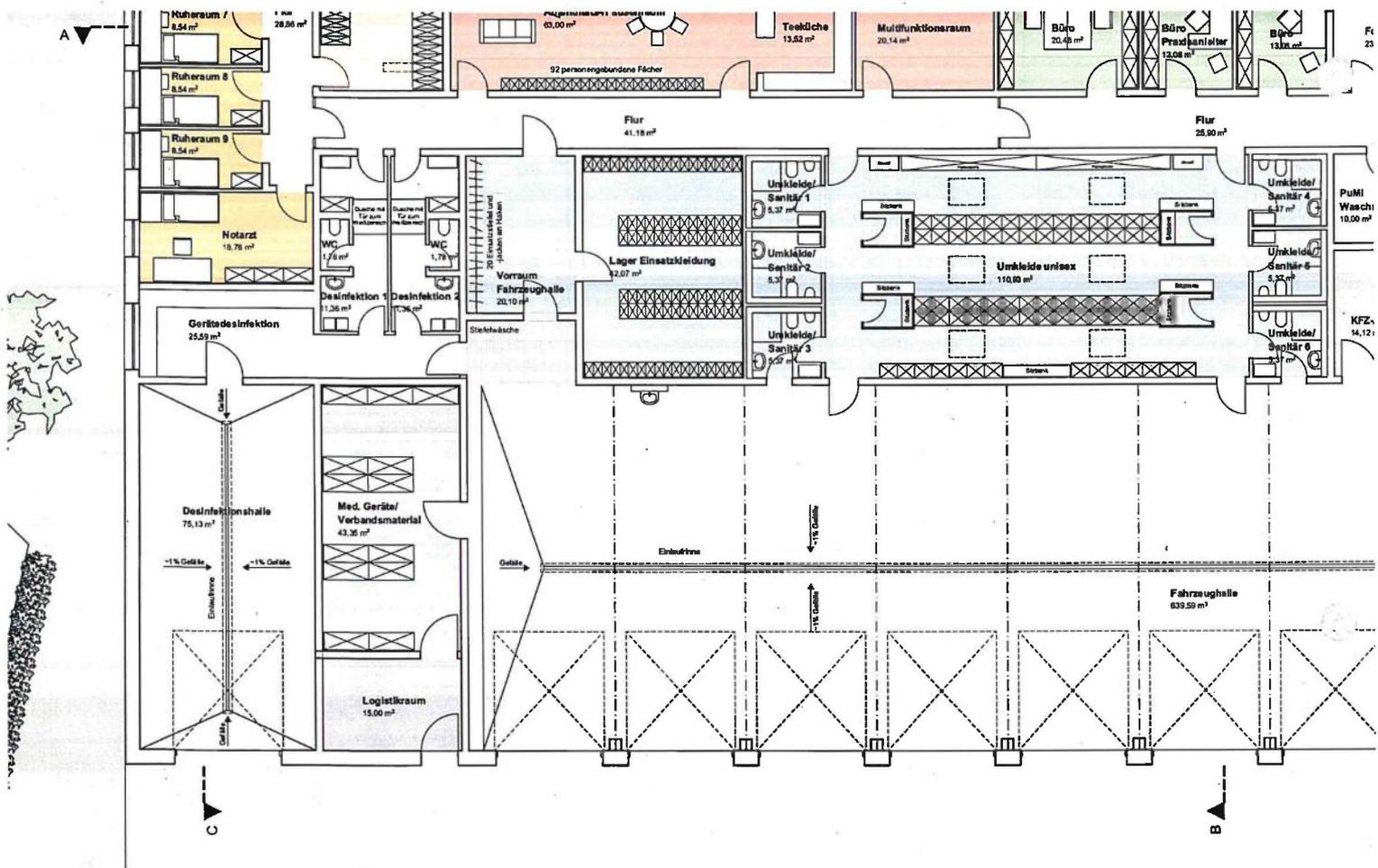
Grundriss Eingangsbereich, Schulung und Verwaltung



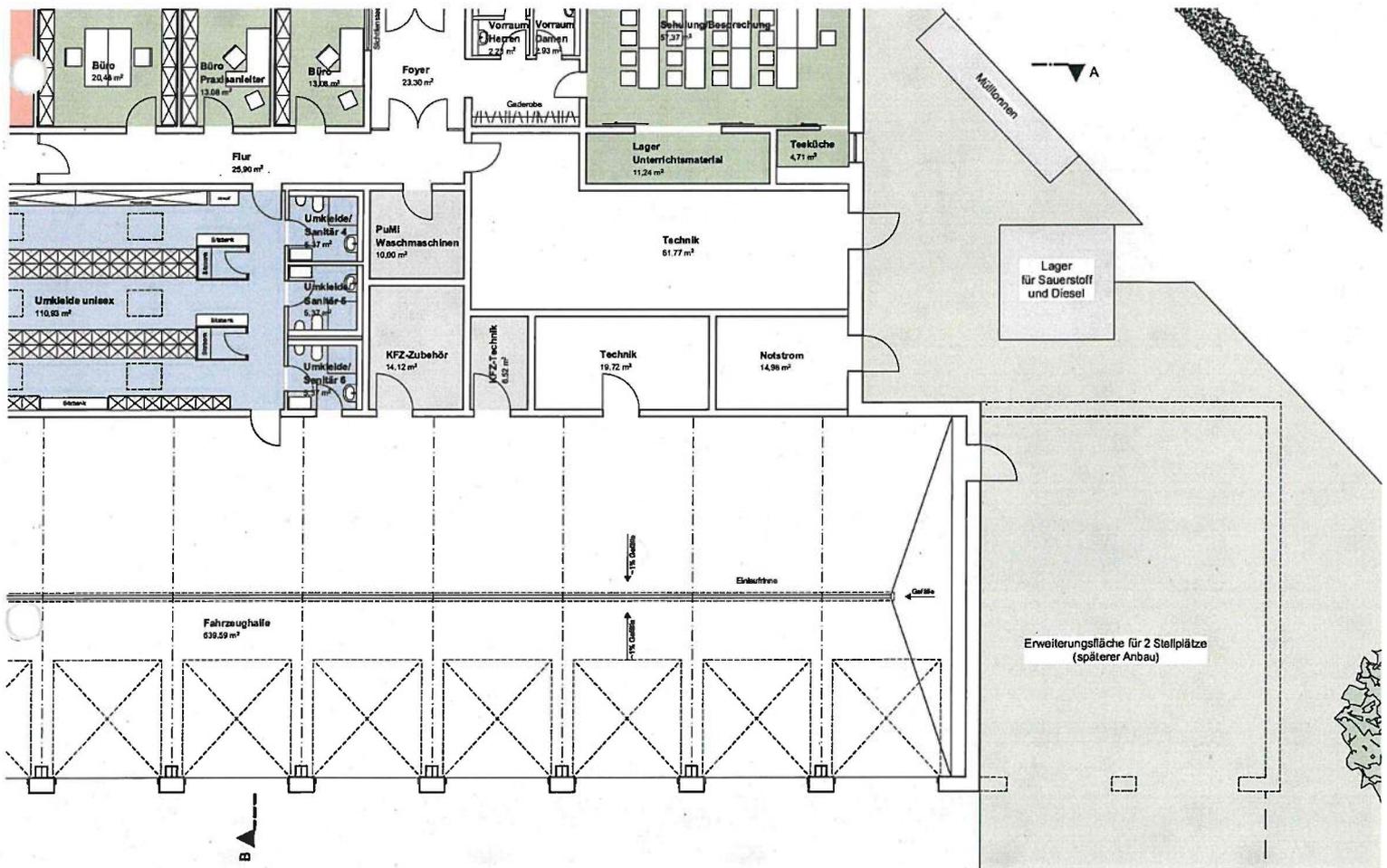
7 | **Rettungswache Bornheim**
Aufenthalts- und Ruheräume



Desinfektionsbereich, Umkleiden und Vorraum Fahrzeughalle

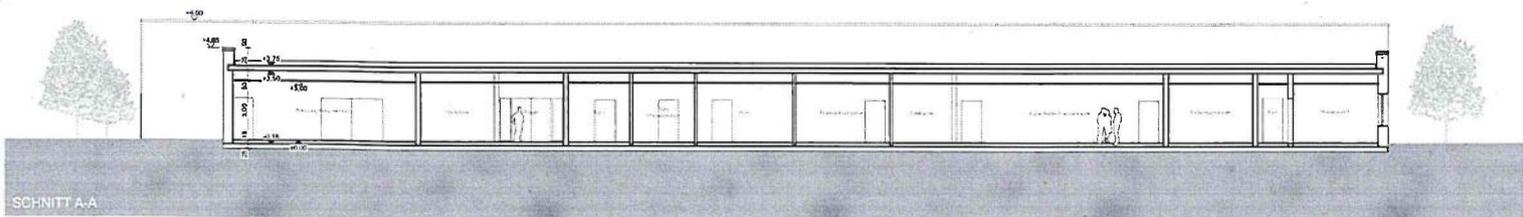
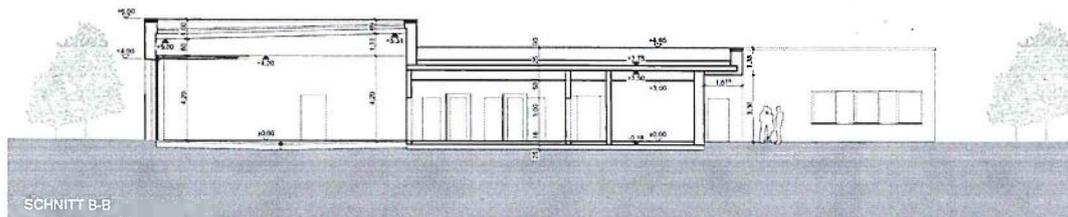
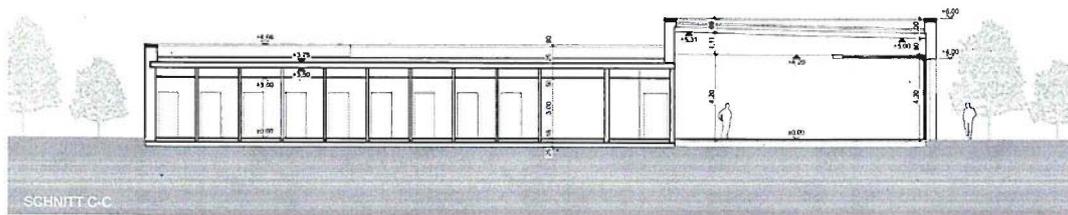


Technik und Lager



10 | Rettungswache Bornheim

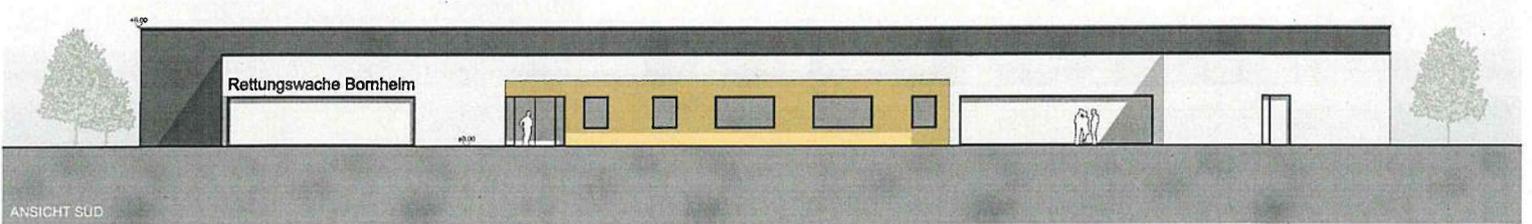
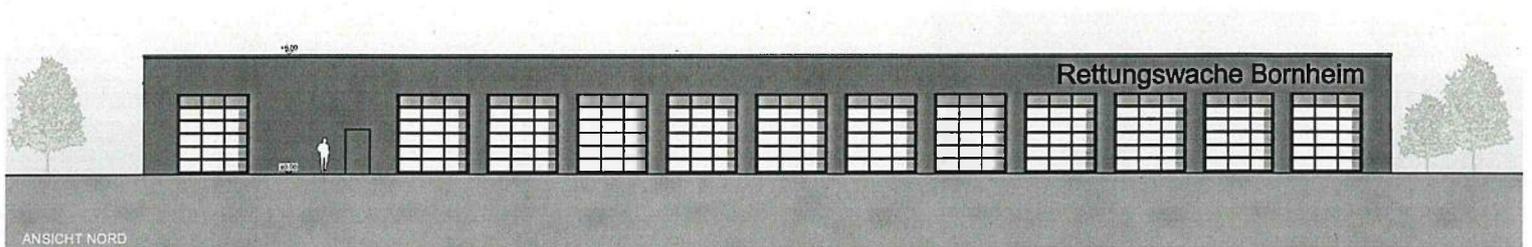
Schnitte



11 | **Rettungswache Bornheim**

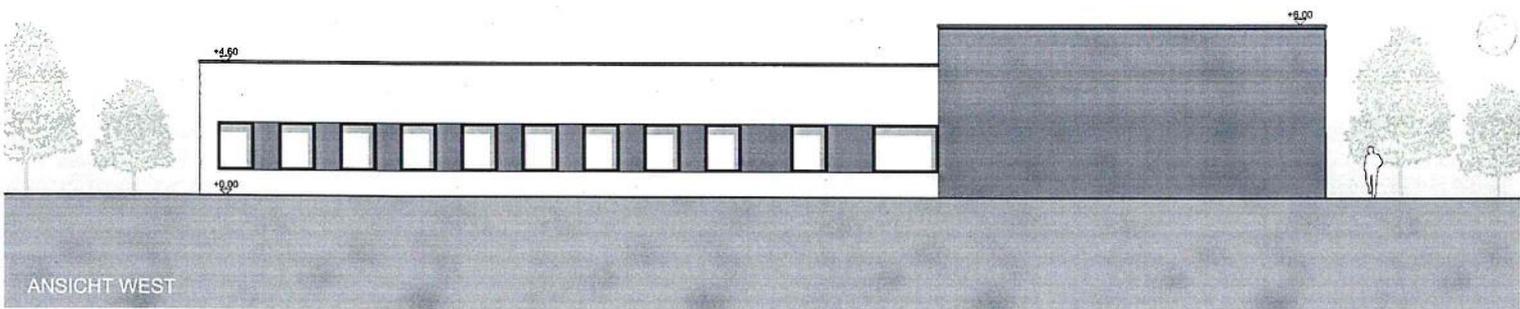
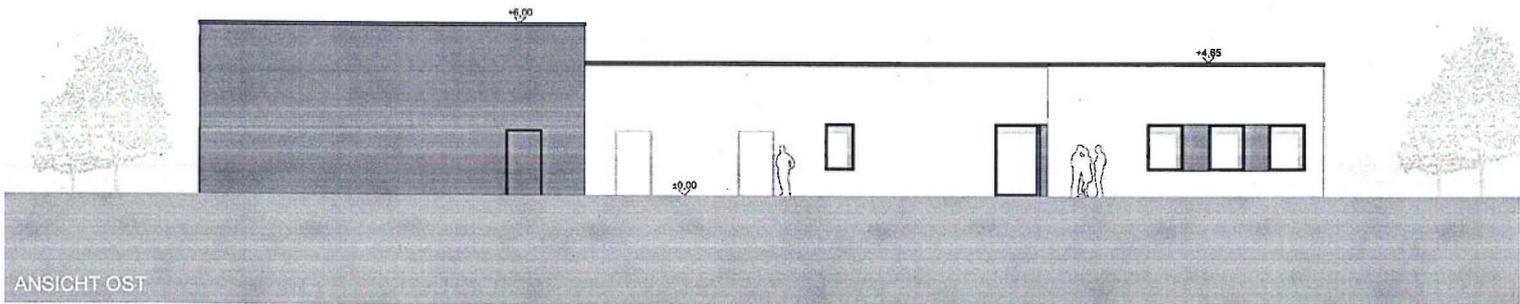
Ansicht Nord und Süd

kplanAG



12 | **Rettungswache Bornheim**

Ansicht Ost und West



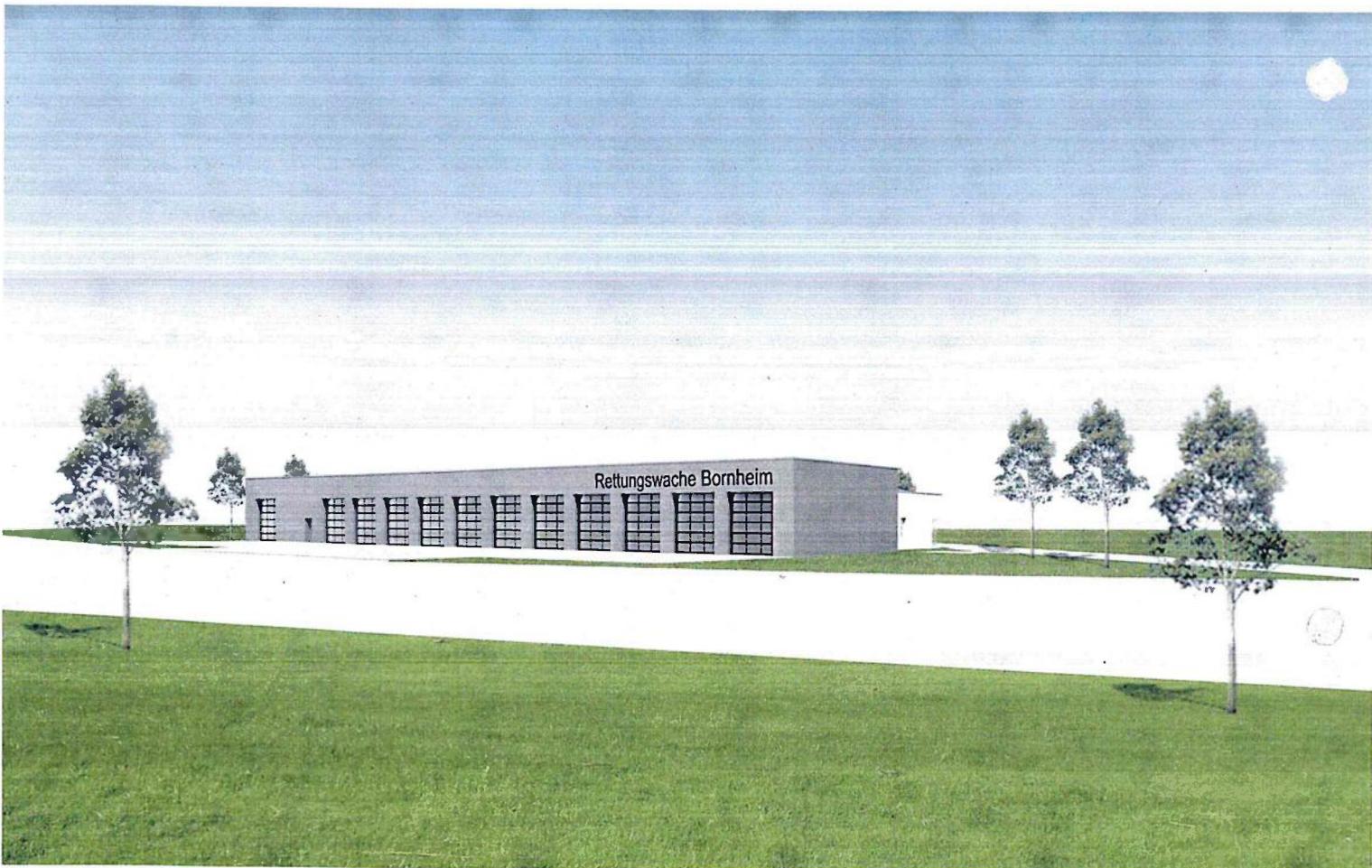
13 | **Rettungswache Bornheim**
Perspektive Rückansicht

kplanAG



14 | **Rettungswache Bornheim**
Perspektive Straßenansicht

kplan^{AG}



○ Danke! Fragen?

**Neubau Rettungswache
Bornheim**

○
Simone Mattedi, Dipl.-Ing. Architektin | Vorstand
Isabell Beck, Architektin | Projektleiterin

Ausschuss für Rettungsdienst und
Katastrophenschutz (ARK)
01.09.2021

**FLUTKATASTROPHE
„BERND“
14./15.07.2021**

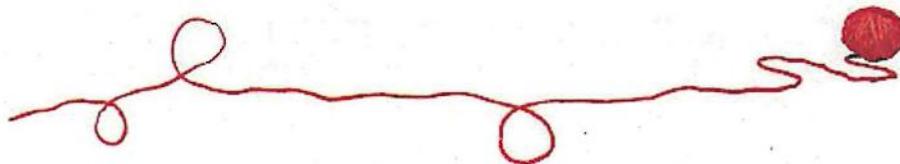


ANMERKUNG

Die nachfolgende Präsentation ist im **Kontext** und als **Ergänzung** bezogen auf die Beantwortung der Anfrage zur Überflutungskatastrophe **im Rhein-Sieg-Kreis** vom 05.08.2021 zu verstehen.

AGENDA

1. Einsatzgeschehen - operativ
2. KS / KGS – administrativ
3. Katastrophenlage
4. Erkenntnissen
5. Fazit
6. Blick in die Zukunft



1. EINSATZGESCHEHEN - OPERATIV

Zeitraster

- Frühzeitige Alarmierung aller 19 Befehlsstellen der Feuerwehren am frühen Nachmittag des 14.07.
- Ansteigendes Notrufaufkommen zum Abend hin
- Alarmierung der Einsatzleitung des Kreises
- Feststellung einer Großeinsatzlage

1. EINSATZGESCHEHEN - OPERATIV

Besetzung der Einsatzleitung

- Sachgebiete; Führungskräfte aus den Feuerwehren und Hilfsorganisationen
 - Fachberater; THW und DLRG
 - Verbindungsbeamte zur Landes- und Bundespolizei
 - Mitglieder des Kreisverbindungskommandos der Bundeswehr
-
- Die ersten 24 h hauptsächlich non-stop; danach in 12 h Schichten
 - Neuorganisation der Einsatzleitung in 2015/2016 hat sich bewährt

1. EINSATZGESCHEHEN - OPERATIV

Zielsetzung der Einsatzleitung und Maßnahmen

- Zunächst erfolgte eine Information aller Feuerwehren über den Einsatzrahmen:
- **Rückwärtige Unterstützung organisieren**
 - Entsenden von Führungsunterstützungen für die örtlichen Einsatzleitungen in Swisttal und Rheinbach
 - Umfassende Alarmierung von Katastrophenschutzkomponenten des Landes NRW, Anforderung des THW's, Landes- und Bundespolizei mit technischen Einsatzmitteln, der Bundeswehr sowie luftgebundene Rettungsmittel von Landes-, Bundespolizei und Bundeswehr

1. EINSATZGESCHEHEN - OPERATIV

Zielsetzung der Einsatzleitung und Maßnahmen:

- Sofortige Entsendung von Feuerwehreinsatzkräften aus dem Kreisgebiet, umgehender Einsatz der Wasserrettungszüge DLRG/DRK-Wasserwacht sowie THW
- Einsatz zur Menschenrettung und Erkundung von bis zu 6 Hubschraubern gleichzeitig
- **Erteilen von Weisungen an alle Feuerwehren im Kreisgebiet, Hilfsorganisationen, DLRG, THW und Bundeswehr zur Entsendung von Einsatzkräften in die am stärksten betroffenen Einsatzgebiete Swisttal, Rheinbach und Lohmar**

1. EINSATZGESCHEHEN - OPERATIV

Herausforderungen

- Das Digitalfunknetz sowie die anderen Telekommunikationsverbindungen brachen in Rheinbach und Swisttal zusammen **-Kommunikation-**
- Die Kommunen Rheinbach und Swisttal waren wie Inseln von Wassermassen umschlossen, selbst in den Kommunen waren untereinander Ortschaften nicht zu erreichen **-Zusammenbruch der Verkehrswege-**
- Ein valides Lagebild war nicht vorhanden, somit war die Führungsfähigkeit erheblich eingeschränkt **-kein valides Lagebild-**

1. EINSATZGESCHEHEN - OPERATIV

Herausforderungen / Maßnahmen:

- Die rückwärtige Unterstützung der Kommunen erfolgte hauptsächlich ohne weitere Absprache. Für jede Kommune wurde ein Bereitstellungsraum eingerichtet (A 61 / Weilerswist Gewerbegebiet) geführt und mit Einsatzkräften versehen.
- Führungskräfte wurden zur Weitergabe von Informationen mittels „hochwatfähigen“ LKW's zu den Befehlsstellen gebracht oder mit dem Hubschrauber eingeflogen.
- Zur Stärkung der Führungsautarkie wurden Führungskräfte aus weniger betroffenen Kommunen zu den Einsatzleitungen in Rheinbach und Swisttal entsandt.

1. EINSATZGESCHEHEN - OPERATIV

Vereinzelte Einsatzschlaglichter

- Radpanzer der Bundespolizei werden durch die Strömung mitgenommen und kommen nicht weiter.
- Ein Rettungsboot der DLRG kentert in Heimerzheim
- Bis zu 40 Personen werden in Swisttal mit Hubschraubern gerettet
- Die Einsatzleitung in Swisttal muss 3 mal umziehen
- Einsatzkräfte des THW's retten auf der A 61 bereits auf der Anfahrt Personen von Autodächern oder durch das Schiebedach
- AL 66 wird mit einem Hubschrauber zur Steinbachtalsperre geflogen

2. KS / KGS – ADMINISTRATIV

„Exkurs“: Kreisleitstelle

- Sehr hohe Anzahl von Anrufen: 12 000 Anrufe in 24 Stunden!
- Alles MitarbeiterInnen die zur Verfügung standen haben teilweise weit über 24 Stunden gearbeitet (sehr hohe Belastung - keine Reserven)!
- Leitstelle Bonn fast 700 Anrufe mit abgearbeitet!
- Hauptproblem: Leitstellendisponenten konnten nicht direkt Hilfe entsenden!

2. KS / KGS – ADMINISTRATIV

Krisenstab (KS)

- Gemeinsame Sitzungen Einsatzleitung und Krisenstab (ständigen Mitglieder – LR, Dez. V, 38, 02, 66, 53)
- KS war somit über alle operativen Schritte unterrichtet
- Erste Krisenstabssitzung am 14.07.2021 (erweiterter Kreis)
- Regelmäßige KS-Sitzungen nach Beendigung der Großeinsatzlage unter Beteiligung der ständigen Mitglieder und weiteren notwendigen Fachbereichen (57,63, Dez. III, 01, BM Rheinbach und Swisttal)
- Überführung des Katastrophenmodus in einen Verwaltungsmodus (Stabsstelle 08)

2. KS / KGS – ADMINISTRATIV

Koordinierungsgruppe des Stabes (KGS) – 24/ 7 (14.07. – 22.07.2021)

Aufgaben / Aufträge der Einsatzleitung und des Krisenstabes ausgeführt, z. B.:

- Verlegung von evakuierten Personen (Transport + Unterbringung) koordiniert
- Kartenmaterial organisiert
- Kommunikation / Schnittstelle mit Fachbereichen der Kreisverwaltung und den SAE's der Kommunen
- Bürgertelefon
- Koordination von Hilfsgütern

3. KATASTROPHENLAGE

18.07.2021 – Feststellung des Katastrophenfall

In Abstimmung mit Krisenstab und Einsatzleitung.

Gründe: Leben, Gesundheit und Versorgung zahlreicher Menschen gefährdet + kommunale Infrastruktur sehr stark betroffen!

02.08.2021 – Rücknahme des Katastrophenfall

Entscheidung des Krisenstabs.

Gründe: Ärztliche Grundversorgung gewährleistet, alle Ortschaften wieder erreichbar und kommunale Infrastruktur (weitgehend) wieder vorhanden!

4. ERKENNTNISSE

...aus Sicht der Einsatzleitung / Feuerwehr

- Das Digitalfunknetz muss durch die Netzbetreiber gegen Naturgefahren abgesichert werden
- Die Erfahrungen haben gezeigt, dass dennoch weitere Redundanzen zur Kommunikation vorhanden sein müssen
- Hochwasser- und Starkregenrisikomanagement sind miteinander zu verzahnen. Prognosemodelle sind flächendeckend zu erstellen und ein landesweit einheitliches System zur Warnung der Bevölkerung ist notwendig.
- Flächenlagen erfordern ein hohes Maß an Ebenen übergreifender und durchgängiger Kommunikation. Systeme zur digitalen Kommunikation und automatisierten Lagedarstellung sind unverzichtbar und müssen landesweit einheitlich angewandt werden.
- Die Ausstattung der Feuerwehren bedarf einer Überprüfung in Bezug auf Hochwasser- und Starkregenlagen sowie zukünftig auftretenden Naturgefahren

4. ERKENNTNISSE

...aus Sicht des Amtes 38

- Evaluation auf allen Ebenen (AK Bevölkerungsschutz, Krisenstab/KGS, Amt 38 etc.)!
- Bewusstsein der Kreisverwaltung „schärfen“ (Lage ist / war eine Lage der gesamten Verwaltung, nicht nur einzelner Fachbereiche)!
- Kommunikation (Verbesserung der Kommunikationswege zw. KGS + SAE)!
- KGS auf „Knopfdruck“ mit einer amtsübergreifenden Durchhaltefähigkeit!

5. FAZIT

- Strukturen und Ressourcen überprüfen und ggfls. nachjustieren!
- Prozesse beschreiben / anpassen!
- Vernetzung von operativer Ebene (FW, SAE) mit administrativer Ebene (Verwaltungen) und Rückkopplung mit der Politik!
- Üben – Üben – Üben → auf allen Ebenen!

STABSSTELLE WIEDERAUFBAU

BEIM LANDRAT

**START:
16. AUGUST 2021**

GROßE HERAUSFORDERUNGEN IN DER
FOLGENBEWÄLTIGUNG

ZENTRALE AUFGABEN:

- KOORDINIERUNG
- STEUERUNG
- ZENTRALISIERUNG
- HILFESTELLUNG
- VERMITTLUNG
- VERNETZUNG

DIE ERSTEN ZWEI WOCHEN SACHSTANDSERFASSUNG

KREISVERWALTUNG

- MIT LANDRAT, KREISDIREKTORIN, DEZERNENTINNEN / DEZERNENTEN, AMTSLEITERINNEN / AMTSLEITERN
- SITZUNGSTEILNAHMEN, U.A.
 - KRISENSTAB RHEIN-SIEG-KREIS
 - VERWALTUNGSKONFERENZEN
 - LANDRÄTE, LANDESMINISTERIEN
- MIT AUFBAU-PARTNERN, U.A.
 - VERSORGERN (TELEKOM, E-REGIO)
 - WOHLFAHRTSVERBÄNDEN / HILFSORGANISATIONEN
 - REGION KÖLN-BONN E.V.
 - SENAT DER WIRTSCHAFT
 - IHK / KREISHANDWERKERSCHAFT
 - INGENIEUR- / PLANUNGSBÜROS

VOR ORT

- AUSTAUSCH MIT BÜRGERMEISTERN / VERWALTUNG
(BISHER: RHEINBACH, SWISTTAL, ALFTER, BORNHEIM;
IN PLANUNG: MECKENHEIM, LOHMAR, WACHTBERG)
- BÜRGERINFORMATIONSV ERANSTALTUNGEN
(SWISTTAL-ODENDORF, LUDENDORF, MIEL)
- ORTS-BESUCHE MIT LANDRAT IN SWISTTAL UND
RHEINBACH
- AUSTAUSCH MIT EHRENAMTLICHEN INITIATIVEN
(LOHMAR HILFT, NETZWERK FLUT BONN,
BÜRGERSTIFTUNG BONN...)

IN DEN FLUTGEBIETEN

BLICK NACH VORNE

ZENTRALE THEMEN

- **FINANZIELLE UNTERSTÜTZUNG**
 - SPENDENAKTION RSK „FLUTHILFE 2021“
 - AUFBAUHILFE 2021

- **WIEDERAUFBAU, U.A.**
 - WIEDERHERSTELLUNG INFRASTRUKTUR
 - WINTERUNTERBRINGUNG

- **KONZEPTIONIERUNG**
VERLÄSSLICHE SCHUTZMAßNAHMEN FÜR DIE ZUKUNFT

DIE FOLGEN-BEWÄLTIGUNG DER FLUTKATASTROPHE:

EINE HERAUSFORDERUNGSVOLLE GEMEINSCHAFTSAUFGABE

LASSEN SIE UNS GEMEINSAM ANPACKEN!

VIELEN DANK FÜR IHRE AUFMERKSAMKEIT

Dirk Engstenberg

Kreisbrandmeister

Ingo Freier

Amtsleiter

Ulla Thiel

Leiterin Stabstelle 08